

chen in Asien wie in Afrika ist immer wieder die *Frage nach der Inkulturation des Christentums* in den jeweiligen Kulturkreis. Wichtig ist dabei, daß man die Bemühungen von Vertretern der Dritten Welt, das Christentum von der kolonialen Herkunft zu befreien und voll zu inkulturieren, nicht als einen Versuch der Lostrennung von der Einheit betrachtet, sondern die Vielfalt anerkennt. Kardinal Höffner dazu: bereits die Heiligen Drei Könige hätten diese Vielfalt symbolisiert. Trotz unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Riten seien alle niedergefallen, um anzubeten. Dies sei der Kern der Einheit.

Welche Bedeutung man dieser Frage beimißt, macht auch das *Kommuniqué* zum Ende des Indienbesuchs deutlich. Auf Wunsch der indischen Bischöfe wurde folgende Passage aufgenommen: „Wir können nicht daran vorbeigehen, daß die Kirche in Europa und in Asien die Frage nach Gott in unterschiedlicher Weise angeht. Die Menschen in Europa, enttäuscht durch die Überbetonung der Rationalität und damit der Verkürzung der Dimension des Menschen, suchen nach einer tieferen Innerlichkeit. Der Asiate ist ebenfalls auf der Suche, weil er fühlt, daß sein eigenes religiöses Erbe den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit nicht entspricht. Gegenüber beiden, Asien und Europa, müssen wir von unserem gemeinsamen christlichen Erbe sprechen. Kirche verwirklicht sich in der jeweiligen geschichtlichen Phase. Europa muß sein altes Selbstbewußtsein zurückgewinnen und wieder eine geistige Kraft werden. Die Asiaten müssen ihre authentische Weise des Christentums finden. Voraussetzung dazu ist, daß sie ihre eigene kulturelle Identität einbringen.“

Es ist nicht verwunderlich, wenn der Weg zur Verbindung des Christentums mit der eigenen kulturellen Identität nicht frei ist von *Schwierigkeiten*. In Rom steht man manchen Entwicklungen skeptisch gegenüber. Aber auch in den Kirchen dieser Länder selbst gibt es Kontroversen. So hat die indische Bischofskonferenz Ende 1980 entschieden, einen aufgeflamnten Liturgiestreit in der Form beizule-

gen, daß die regionalen Konferenzen die letzte Entscheidung haben. Dabei ging es um die Verwirklichung eines 12-Punkte-Programms: so wurde unter anderem die Kniebeuge ersetzt durch eine Verneigung, die Kerzen durch Öllämpchen, und der Zelebrant und die Gemeinde können während des Gottesdienstes barfuß auf dem Boden sitzen.

Bei dem Bemühen um Inkulturation geht es nicht nur um eine festere Verankerung der Kirche in der jeweiligen Kultur, um so Konversionen zu erleichtern. Papst Paul VI. hat in „*Evangeli nuntiandi*“ deutlich darauf hingewiesen, daß diese Inkulturation notwendig ist, damit die Kirche die Möglichkeit erhält, ihre Wertvorstellungen in die jeweilige Gesellschaft einzubringen.

Zahlen belegen überdies, in welchem rasantem Tempo die Kirche in den Ländern der Dritten Welt *selbständig* geworden ist. 1951 gab es 31 einheimische Bischöfe in Asien und 2 in Afrika. 25 Jahre später war ihre Zahl auf 520 gestiegen, darunter 24 Kardinäle. Heute sind 35 Prozent aller Bischöfe in Asien Asiaten und 80 Prozent aller Bischöfe in Afrika Afrikaner. 1960 gab es in Asien 5 und in Afrika 4 Bischofskonferenzen; zwanzig Jahre später sah das Bild so aus: 15 Bischofskonferenzen in Asien und 31 Bischofskonferenzen in Afrika. Hand in Hand mit dieser Entwicklung sank die personelle Hilfe aus Europa. Im Jahre 1962 reisten noch rund 400 europäische Missionare in die Länder der Dritten Welt. Im Jahre 1976 waren es bereits weniger als 20. Wenn man bedenkt, daß die Hälfte der 10 000 Missionare

aus Europa und den USA über 60 Jahre alt ist, dann läßt sich absehen, wie bald die Kirche in der Dritten Welt ganz auf sich gestellt sein wird.

Diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig es für Bischofskonferenzen in Europa ist, den geistigen Austausch mit den ehemaligen Missionskirchen zu suchen und sich auf eine echte Partnerschaft mit ihnen einzustellen. Es ist schon keine Utopie mehr, daß eines Tages der Strom der Missionare den umgekehrten Weg geht. Bereits jetzt sind Priester aus Südindien (Kerala) in Deutschland tätig, ganz abgesehen von den vielen Schwestern aus dem asiatischen Raum.

Angesichts dieser Situation stellt sich kaum noch die Frage, ob solche Reisen sinnvoll sind und ob sie über den üblichen Tourismus hinaus gehen. Sie dürften notwendig sein. Allerdings wird zu überlegen sein, wie man diese Kontakte in Zukunft so gestaltet, daß sie nicht zu einer Überforderung werden. Hoffnungen scheint man dabei auf den neuen Weihbischof von Trier, *Leo Schwarz*, zu setzen. Als Geschäftsführer von Misereor bringt Schwarz das Wissen und die Sensibilität mit, um Erwartungen und Hoffnungen auf beiden Seiten in realistische Bahnen zu lenken. Lernprozesse auf beiden Seiten haben begonnen. Die Bischöfe der Dritte-Welt-Länder beginnen ihre Scheu vor der angeblichen Überlegenheit der Theologie der Alten Welt zu verlieren, und die europäischen Bischöfe machen die Erfahrung, wie sehr uns Spontaneität und Mitmenschlichkeit gerade im religiösen Vollzug abhanden gekommen sind. R. H.

Holland: neue Bischöfe und alte Probleme

In der deutschen Kirche herrscht an Weihbischöfen kein Mangel, und so findet auch die Ernennung eines neuen Weihbischofs kaum einmal über die jeweilige Diözese hinaus größere Beachtung. Anders in der niederländischen Nachbarkirche: Dort erregte die am 16. Januar im Vatikan bekanntgegebene Ernennung von gleich

vier Weihbischöfen für drei der sieben Bistümer des Landes beträchtliches Aufsehen. Zwei Weihbischöfe erhielt der Erzbischof von Utrecht, Kardinal Willebrands. Es sind *Johannes B. Nienhaus*, früher Dekan in Utrecht und erst vor kurzem vom Kardinal zu einem seiner Generalvikare ernannt, und der Franziskaner *Johannes A. de Kok*, bis-

her Professor für Kirchengeschichte an der Katholischen Theologischen Hochschule in Utrecht. Zum Weihbischof für das Bistum Rotterdam ernannte der Papst den bisherigen Generalvikar von Bischof Simonis, *Roland Ph. Bär OSB*. Weihbischof im Bistum Roermond wurde *Alphonsus M. Castermann*, bisher ebenfalls Generalvikar der Diözese.

In der kirchlichen Öffentlichkeit der Niederlande war bekannt, daß Kardinal Willebrands, der neben der Leitung seiner Diözese den Vorsitz der Bischofskonferenz führt und gleichzeitig als Präsident des vatikanischen Einheitssekretariats amtiert, schon bald nach seiner Ernennung im Jahr 1975 in Rom um Entlastung durch zwei Weihbischofe gebeten hatte. Daß man den Kardinal jahrelang warten ließ, wurde in den Niederlanden weiterhin als römischer Affront gewertet und immer wieder mit einigem Unmut kommentiert. Dagegen hat die Ernennung der Weihbischofe für Rotterdam und Roermond eher überrascht: offensichtlich wußten nicht einmal die anderen Mitglieder der Bischofskonferenz davon, daß Bischof Gijsen und Bischof Simonis um die Ernennung von Weihbischofen für ihre Diözesen nachgesucht hatten.

Die Ernennung der vier Weihbischofe erfolgte fast genau zwei Jahre nach dem Ende der niederländischen Sondersynode (vgl. HK, März 1980, 116 ff.) und muß auf ihrem Hintergrund gesehen werden. Im Schlußdokument der Synode (Nr. 16) hatte es geheißt, eine *größere Zahl von Bischöfen* könnte die Lösung von Problemen erleichtern, die sich durch die starke Beanspruchung der insgesamt sieben Bischöfe des Landes durch die zahlreichen überdiözesanen Aufgaben ergäben. Gleichzeitig wurde eine Studie der Bischofskonferenz über die *Möglichkeit einer Neueinteilung* der niederländischen Diözesen angekündigt. Der *Widerstand gegen Teilungspläne* war vor wie nach der Sondersynode am stärksten im Bistum 's-Hertogenbosch, mit etwa 1,4 Millionen Katholiken die größte niederländische Diözese. Bischof *Johannes Bluysen* selber plädierte in einer im Frühjahr 1981

vorgelegten Erklärung „Das eine Bistum 's-Hertogenbosch“ (Archief van de Kerken, 1981, S. 633 ff.) nachdrücklich gegen eine Aufteilung. In dem Papier, das einleitend feststellte, man könne davon ausgehen, daß für den Papst und seine Mitarbeiter eine Neueinteilung der niederländischen Bistümer wünschenswert sei, kam der Bischof auf den entscheidenden Punkt zu sprechen: Man müsse die Frage einer Vergrößerung der Bischofskonferenz, bei der es um die ganze Kirchenprovinz gehe, trennen vom Problem der Aufteilung von Bistümern. Bei der zweiten Frage dürfe man sich letztlich nur an der pastoralen Situation des jeweiligen Bistums orientieren. Bluysen konnte darauf verweisen, daß er schon 1968 die Frage einer möglichen Teilung seines Bistums durch eine Kommission habe prüfen lassen; dem Votum dieser Kommission folgend, fiel die Entscheidung damals zugunsten einer Dezentralisierung der Diözese durch die Einsetzung von Bischofsvikaren.

In den Niederlanden konnte man in den vergangenen Monaten lesen, in Rom habe es schon zur Zeit der Synode einen detailliert ausgearbeiteten Plan über die Neuaufteilung der Bistümer gegeben. Mit der Ernennung der Weihbischofe sind solche Pläne nun jedenfalls für die Bistümer Utrecht und Roermond vorläufig vom Tisch: Sowohl Kardinal Willebrands wie Bischof Gijsen erklärten auf entsprechende Fragen im niederländischen Fernsehen, für ihre Diözesen stünde jetzt eine Aufteilung nicht mehr zur Diskussion. Zwar hat die von der Bischofskonferenz im Februar 1981 errichtete und im Juni darauf mit einem neu umschriebenen Arbeitsauftrag versehene *Kommission* zur Erstellung einer Studie über die Möglichkeiten einer Neuaufteilung der Diözesen ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen. Bis zum 1. Mai soll sie noch die Stellungen der einzelnen Bistümer einholen. Nur sind dabei nach der Diskussion der letzten Jahre kaum neue Gesichtspunkte zu erwarten, und angesichts der durch die Bischofsernennungen veränderten Situation dürften die von der Kommission zusammengestellten Materialien höchstens für zu-

künftige Überlegungen von Belang sein. Ob der *Vatikan* allerdings die Pläne für eine Aufteilung des Bistums 's-Hertogenbosch endgültig ad acta gelegt hat, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Damit bleibt im Augenblick als wichtigste Frage, welche Auswirkungen die nicht durch die Schaffung neuer Bistümer, sondern durch die Ernennung der vier Weihbischofe erfolgte Vergrößerung der niederländischen Bischofskonferenz für den Kurs des Episkopats haben kann. Hierüber ist ein Urteil einstweilen noch schwierig. Einerseits springt der *Kompromißcharakter* der getroffenen Lösung ins Auge: gleichzeitig mit der Ernennung der zwei Weihbischofe für Kardinal Willebrands, der vor allem um Ausgleich innerhalb der Bischofskonferenz bemüht ist, wurde auch das Gewicht der Minderheitsfraktion Gijsen-Simonis durch die Ernennung der Weihbischofe für Roermond und Rotterdam verstärkt. Andererseits muß erst noch abgewartet werden, wo und wie sich die vier neuen Bischöfe im Spektrum der Positionen der Bischofskonferenz einfügen werden. Vor allem der Kirchenhistoriker *De Kok* ist für das katholische Holland ein fast unbeschriebenes Blatt.

Auf der niederländischen Bischofskonferenz lastet nach wie vor als schwere Hypothek die *Uneinigkeit*, die im Schlußdokument der Sondersynode beklagt wurde, aber seither unvermindert weiterbesteht. So ist vor allem der schon seit Jahren andauernde Konflikt zwischen Bischof Gijsen und den von der Mehrheit der Bischofskonferenz getragenen Missionswerken, um dessen Beilegung sich seit der Synode so manche bemüht hatten (vgl. HK, Juni 1981, 274 f.), nicht bereinigt. Jetzt blieb kein anderer Ausweg, als das Problem dem dreiköpfigen „Rat der Sondersynode“ vorzulegen, der sich bei einer Sitzung im März in Rom mit der Sache beschäftigen wird. Nachdem Bischof Gijsen schon vor Jahren die Zahlungen seines Bistums zum Haushalt der Kirchenprovinz für mehrere Organisationen gestoppt hatte, ließ auch Bischof Simonis Ende letzten Jahres mitteilen,

daß er eine Einstellung der Zahlungen seines Bistums für den Nationalen Rat für Katechese, den Rat der Kirchen in den Niederlanden, die Studentenseelsorge und die Rundfunkarbeit erwäge, weil die von ihm geforderten Veränderungen in der Arbeit dieser Einrichtungen nicht erkennbar seien. Diese Ankündigung wurde von Kardinal Willebrands bedauert (vgl. Archief van den Kerken, 1981, S. 1217).

Auch die Bewältigung der wichtigsten Folgelast der Sondersynode steht den niederländischen Bischöfen noch bevor. Wie im Schlußdokument vorgesehen, wurden nach der Synode zwei bischöfliche Kommissionen gebildet. Die eine hatte den Auftrag, eine Untersuchung über die theologischen Ausbildungsstätten in der niederländischen Kirche vorzunehmen, die andere sollte sich der Frage der Mitarbeit von Laien in der Seelsorge, besonders im Blick auf die Pastoralreferenten widmen. Während der Bericht der Kommission über die theologischen Ausbildungsstätten noch nicht fertiggestellt ist, liegt das Arbeitsergebnis der Kommission, die sich mit der Mitarbeit der Laien in der Kirche und speziell mit dem Einsatz der inzwischen 330 „pastorale werkers“ beschäftigte, nunmehr vor. Mit ihm wird sich zunächst der Rat der Sondersynode befassen. Der Bericht unterstreicht einerseits die Bedeutung der Arbeit der Pastoralreferenten in der Seelsorge, betont aber gleichzeitig im Sinn der vom Synodendokument gemachten Vorgaben den Unterschied zwischen dem kirchlichen Amt und den neuen Diensten der Laien.

Damit sind weitere innerkirchliche Spannungen und Schwierigkeiten bereits vorprogrammiert, da die in den einzelnen Diözesen bestehenden „Vereinigungen von in der Pastoral Tätigen“, denen Priester wie Pastoralreferenten angehören und mit denen die Bischöfe trotz Meinungsverschiedenheiten im Gespräch sind, deutlich andere Akzente setzen. Sie berufen sich auf die faktische Entwicklung des kirchlichen Lebens in den Gemeinden und leiten von daher Forderungen nach einer Neustrukturierung des kirchlichen Amtes ab.

In der niederländischen Presse fielen die Antworten auf die Frage, ob mit der Ernennung der Weihbischöfe auch eine Lösung der Vertrauenskrise in der katholischen Kirche in Sicht komme, zurückhaltend-skeptisch aus. Stimmen aus verschiedenen kirchlichen Räten und Organisationen, die beklagten, daß die neuen Bischöfe ernannt worden seien, ohne daß man das Kirchenvolk zuvor konsultiert habe, können deutlich machen, wonach wie vor das *Grundproblem* liegt: In einem viel beachteten Vortrag vor Journalisten im letzten Frühjahr erklärte der Sekretär der niederländi-

schen Bischofskonferenz, *H. A. van Munster* OFM, der holländische Katholizismus sei vom Neben- und Gegeneinander zweier Vorstellungen von Kirche geprägt. Die eine begreife Kirche von oben, die andere von unten, von der Glaubenserfahrung der örtlichen Gemeinschaft her. Die Auseinandersetzungen der letzten Zeit hätten die Unfähigkeit an den Tag gebracht, „die Synthese dieser beiden Vorstellungen von Kirche, die das Zweite Vatikanum formulierte, in einer konkreten kirchlichen Gemeinschaft mit konkreten Menschen und einer konkreten Vergangenheit zu verwirklichen“. *U. R.*

Polen: Schwache Hoffnungen

Eingekleidet in noch ziemlich unbestimmte und auch beliebig auslegbare Klauseln, hat Polens Armeegeneral, Regierung- und Parteichef *Wojciech Jaruzelski* in der ersten Sejm-Sitzung seit Verhängung des auf dem Kriegsrecht beruhenden Ausnahmezustand am 25. Januar (vgl. HK, Februar 1982, 65 ff.) einen Zeitpunkt für die mögliche Aufhebung der über dem Land lastenden Beschränkungen genannt: „Falls es nicht zu unvorhergesehenen Ereignissen kommt und keine illegalen Handlungen unternommen werden, werden die Beschränkungen des Kriegsrechtes bis Ende nächsten Monats (also Februar) ernsthaft beschnitten oder ganz aufgehoben werden.“ Einschränkend hatten Regierungsvertreter freilich noch vor Jaruzelskis Rede wissen lassen, zumindest „technisch“ werde das *Kriegsrecht* noch ein Jahr lang in Kraft bleiben. Selbst im günstigsten Falle wird Polen also das Ende eines doppelt harten Winters abzuwarten haben – Rückruf partiell „gewährter“ Erleichterungen im Prinzip jederzeit vorbehalten. Das Parlament hat am 15. Januar (mit einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen) das Kriegsrecht legalisiert, die im Ausmaß alles Bisherige übertreffenden *Preiserhöhungen* sind verkündet, in sehr bescheidenen Größenordnungen wurden Internierte freigelassen, während – immerhin bei einigen Freisprüchen – mit unverkennbarer

Kontinuität Aktivisten und Sympathisanten der „Solidarność“ nunmehr „regulär“ verhaftet und verurteilt werden. Der Armeegeneral wiederholte seine Offerte, internierte Regimegegner könnten in Länder ihrer Wahl ausreisen. Die Regierung tituliert die mindestens 47 Lager unterdessen als „Isolations“- oder „Absonderungszentren“ und wird nicht müde, die erträglichen Lebensbedingungen daselbst herauszustreichen.

Indessen wurden die unter Druck zustande gekommenen *Loyalitätserklärungen* und damit verbundenen Androhungen von Änderungs-Kündigungen in Betrieben, über die zu klagen Polens Primas *Jozef Glemp* seit Jahresbeginn mehrfach Anlaß hatte, trotz einer Bekundung von ZK-Mitglied *Ryszard Wojna*, Schuld sei lediglich lokaler Übereifer untergeordneter Instanzen, offenkundig nicht aufgeklärt.

Bis Mitte Februar war die Lage insgesamt noch sehr unbestimmt, aber einige Tendenzen ließen sich doch deutlicher erkennen: Die *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)*, wochenlang so gut wie abwesend, hat sich wieder bemerkbar gemacht, sie sucht personell und programmatisch Gestalt zu gewinnen. Nach dem Tode des KPDSU-Ideologen *Suslow* verloren Parteigänger Moskaus in Polens KP wie *Olszowski* offenbar an Einfluß, ohne daß erkennbar wurde, wie weit